

Deutscher Bericht der dritten Sitzung der Werner-Gruppe (Bonn, 4. Mai 1970)

Legende: Am 4. Mai 1970 verfasst Hans Tietmeyer, Beamter im Bundesministerium für Wirtschaft und stellvertretendes Mitglied der Werner-Gruppe, einen internen Bericht über die dritte Sitzung der Werner-Gruppe am 30. April in Rom.

Quelle: BArch B 102 (Bundesministerium für Wirtschaft) / 93460.

Urheberrecht: (c) B.Arch

URL: http://www.cvce.eu/obj/deutscher_bericht_der_dritten_sitzung_der_werner_gruppe_bonn_4_mai_1970-de-a337925e-6b4a-4ca7-95de-2ee31ef55325.html

Hinweis: "Dieses Dokument wurde mit Texterkennung (OCR - Optical Character Recognition) bearbeitet. Volltextsuche und "Kopieren und Einfügen" sind möglich. Das Ergebnis der Texterkennung hängt jedoch von der Qualität des Originaldokuments ab."

Publication date: 26/11/2012

Unterabteilung E A

Bonn, den 4. Mai 1970

Interner Kurzbericht über die dritte Sitzung
der Gruppe "Werner" in Rom am 30. April 1970

Zu Beginn der Sitzung schlägt der Präsident vor, die heutigen Beratungen anhand des von ihm vorgelegten Synthesepapiers vorzunehmen. Erst auf Einwand von Professor Brouwers und Baron Ansiaux wird auch das Schöllhorn-Papier zur Diskussion herangezogen.

Brouwers kritisiert das Synthesepapier des Präsidenten und fordert, daß der politische Charakter des gesamten Vorganges Wirtschafts- und Währungsunion stärker herausgestellt werden müsse. Außerdem sei es notwendig, die Diskussion zu konzentrieren auf die Themen der Gleichgewichtspolitik. Nach seiner Meinung sei das Schöllhorn-Papier wesentlich präziser.

Ansiaux unterstützt diese Auffassung von Professor Brouwers und wertet das Schöllhorn-Papier als eine ausgezeichnete Vervollständigung der bisherigen Ausarbeitungen. Dagegen bringe das Synthesepapier nichts Neues.

Clappier dagegen hält das Synthesepapier für ausgezeichnet. Dem sehr substanziellen Schöllhorn-Papier könne er teilweise zustimmen. Im einzelnen kritisiert er jedoch das Synthesepapier folgendermaßen: Teil I (Ausgangslage) sei zu lang und insbesondere zu sehr schöngefärbt. Nach seiner Meinung arbeitet die Zeit gerade in der Frage der Wirtschafts- und Währungsunion gegen uns. Das muß nach seiner Meinung deutlich herausgestellt werden. Zum Teil II hält er das Schöllhorn-Dokument für eine wichtige Ergänzung. Nach seiner Meinung soll sich die Diskussion jedoch insbesondere auf den Teil III (Bestandsaufnahme der geplanten Maßnahmen) konzentrieren.

Stammati unterstreicht diese Ausführungen und verweist insbesondere darauf, daß politische Anstrengungen für die Verwirk-

lichung der Wirtschafts- und Währungsunion notwendig seien. In diesem Zusammenhang kritisierte er in einem Nebensatz auch die Rede von Dr. Emminger in Bad Godesberg.

Dr. Schöllhorn wertet das Synthesepapier des Präsidenten als gutes Arbeitsmaterial. In Kapitel I dürfe aber nicht rosarot sondern müsse realistisch schwarz gezeichnet werden. Insbesondere müsse die Situation dargestellt werden, die zu den Entscheidungen von Den Haag geführt hätten. Kapitel II enthalte zu wenig Substanz und gebe auch nicht die bisherige Diskussion vollständig wider. Nach seiner Auffassung sei es notwendig, die Ziele deutlicher herauszustellen und insbesondere auch den politischen Charakter zu unterstreichen. Alles andere könne nur gefährliche Illusionen entwickeln. In Kapitel III müsse insbesondere der enge Zusammenhang zwischen den verschiedenen Maßnahmen aufgezeigt werden. Dabei solle man nicht möglichst viele Maßnahmen aufzeichnen, sondern sich auf die wesentlichsten Punkte konzentrieren.

Auf Vorschlag von Baron Ansiaux einigt sich die Gruppe auf folgendes ~~Schema~~ ^{Skizze} für den zu erstellenden Bericht:

Kapitel I: Einleitung: Kurze Darlegung der Ausgangslage und der Probleme.

Kapitel II: Darlegung der Elemente der Wirtschafts- und Währungsunion in der Endstufe.

Kapitel III: Maßnahmen in einer ersten Phase.

Zu dem Einwand des Präsidenten, daß in dem Bericht ein Stufenplan dargelegt werden müsse und folglich die Darlegung der Maßnahmen für die 1. Stufe nicht ausreiche, wird von Clappier darauf hingewiesen, daß die Darlegung des Stufenplanes für den endgültigen Bericht vorgesehen werden könne. Bis Ende Mai könne lediglich die erste

- 3 -

Etappe dargestellt werden. Die Gruppe schließt sich dieser Auffassung von Clappier an. Aus den Ausführungen von Clappier ist hierbei noch festzuhalten, daß er sich ausdrücklich für eine genaue Beschreibung des Endzustandes aussprach und auch dafür einträt, die von Dr. Schöllhorn verlangte Offenlegung der notwendigen Kompetenzverlagerung in den Bericht zu übernehmen.

In der folgenden Diskussion werden die Grundlinien für die einzelnen Kapitel diskutiert.

Zu Kapitel I einigt man sich nach kurzer Diskussion darauf, in diesem Einleitungskapitel sehr deutlich und sehr realistisch die wirkliche Lage herauszuarbeiten. Der Präsident fordert die Mitglieder auf, evtl. noch schriftlich Hinweise für dieses Kapitel zu geben.

Zu Kapitel II (Endstufe) einigt man sich nach einer mündlichen Erläuterung durch Staatssekretär Dr. Schöllhorn darauf, das Schöllhorn-Papier zugrunde zu legen.

Die weitere Beratung konzentriert sich insbesondere auf das Kapitel III (erste Maßnahmen). Übereinstimmend wird von allen Mitgliedern ^{verlangt} darauf hingewiesen, daß in dem Bericht mit Nachdruck auf die Bedeutung einer konsistenten mittelfristigen Zielquantifizierung hingewiesen werden müsse. ^{Wenn} der mittelfristige Ausschuß im Frühherbst die Zahlen vorlegen werde, dann sei eine Entscheidung des Rates über diese Ziele unerlässlich.

Dr. Schöllhorn unterstreicht zwar die Notwendigkeit, sich auf kompatible und kohärente mittelfristige Ziele zu einigen, verweist jedoch gleichzeitig darauf, daß diese Zielharmonisierung allein nicht genüge. Entscheidend sei die die Harmonisierung der konkreten politischen Maßnahmen.

Ansiaux unterstreicht diese Darlegungen von Dr. Schöllhorn und hebt hervor, daß nach seiner Meinung eine effektive

- 4 -

Harmonisierung in folgenden drei Bereichen schon in der 1. Stufe unerlässlich sei: Budget-Politik (Kreditfinanzierung, globales Wachstum der Ausgaben, ökonomische Struktur der Ausgaben), innere Geld- und Kreditpolitik, Einkommenspolitik. In diesen drei Bereichen genüge nach seiner Auffassung nicht eine einfache Fortsetzung der Koordinierungsbemühungen, sondern hier müßten schon in der ersten Etappe kommunitäre Richtlinien gegeben werden können. Dafür seien zumindest zwei Gremien notwendig: Der Ministerrat und ein Rat der Zentralnotenbankgouverneure. Der Ausschuß der Zentralnotenbankgouverneure müsse zwar autonom sein, für ihn sollte jedoch auch die mittelfristige Zielprojektion als eine Art Leitlinie gelten. Außerdem könne überlegt werden, ob nicht dem Rat oder der Kommission eine Art Vetorecht gegeben werden könne, wobei im Falle der Ausübung des Vetorechtes zumindest eine gemeinsame Beratung notwendig ^{würde} sei.

Brouwers unterstrich noch einmal, daß nach seiner Auffassung vor allem eine effektive Harmonisierung der Budget- und Kreditpolitik für währungspolitische Maßnahmen eine essentielle Voraussetzung darstellen.

Der Präsident schlug vor, die Diskussion auf drei Punkte zu konzentrieren:

1. Formulierung der mittelfristigen Ziele
2. Haushaltspolitik
3. Kredit- und Währungspolitik.

Zu 1. mittelfristige Ziele:

Clappier erklärt sich mit den Ausführungen im Schöllhorn-Papier auf Seite 8, Ziffer 1 völlig einverstanden. Er unterstreicht auch die mündliche Erläuterung von Dr. Schöllhorn, wonach die mittelfristige Wirtschaftspolitik

auch im engen Zusammenhang mit der Strukturpolitik gesehen werden müsse.

Brouwers unterstreicht die zentrale Rolle der Strukturpolitik. Nach seiner Meinung komme es in der ersten Phase vor allem auf eine effektive Harmonisierung der Subventionspolitik an. Erst in zweiter Linie könne man auch eine finanzielle Vergemeinschaftung vorsehen.

Auf Vorschlag von Herrn Dr. Schöllhorn einigt sich die Gruppe darauf, als erstes zunächst eine Inventarisierung der Subventionen in Form eines Subventionsberichtes vorzuschlagen.

Zu 2. Haushalts- und Finanzpolitik

Ansiaux vertritt mit Nachdruck die Auffassung, daß kommunitäre Entscheidungen für die Haushaltspolitik (vgl. Schöllhorn-Papier Seite 10) nicht erst im Endstadium vorgesehen werden dürften. Gerade bei der Haushaltspolitik seien die Koordinierungsbemühungen allein ungenügend. Es seien dringend kommunitäre Entscheidungen (wenigstens in der Form von dringenden Empfehlungen) in der ersten Phase notwendig.

Dr. Schöllhorn verweist darauf, daß als Rechtsgrundlage im Augenblick nur der Artikel 103 zur Verfügung stehe. Für das Endstadium (Mehrheitsentscheidungen) genüge der Artikel 103 und die gegenwärtige Vertragslage jedoch nicht.

Ansiaux unterstreicht noch einmal, daß ohne eine kommunitäre Entscheidung in der Budgetpolitik nach seiner Meinung eine Harmonisierung der Wirtschaftspolitik und eine weitergehende Zusammenarbeit in der Kredit- und Währungspolitik nicht möglich sei. Der Präsident und auch Staatssekretär Brouwers verweisen darauf, daß es insbesondere auf eine definitive Abstimmung in der Frage der Kreditfinanzierung der öffentlichen Budgets

Clappier schlägt für die erste Phase folgendes Verfahren für die Koordinierung der Haushaltspolitik vor: Die Vorentwürfe für die Budgets sollten möglichst schon im Sommer oder im Herbst intern auf Gemeinschaftsebene konfrontiert und diskutiert werden. Das jetzige Verfahren im haushaltspolitischen Ausschuß sei nicht effektiv. Eventuell müsse ~~dem~~ bereits zu diesem Zeitpunkt ein interner Beschluß des Rates vorgesehen werden. Ein solcher Ratsbeschluß sei nicht nur eine Hilfe für die Gemeinschaft, sondern auch eine Hilfe für die Finanzminister im Verhältnis zu den Parlamenten.

Dr. Schöllhorn verweist darauf, daß es nicht nur auf die effektive Koordinierung der Haushaltsentwürfe und -pläne ankomme, sondern insbesondere auf den konkreten Haushaltsvollzug. Gerade wenn das Instrument des Eventualhaushaltes an Bedeutung gewinne, müsse die Koordinierung den Haushaltsvollzug unbedingt einbeziehen.

Mosca und Brouwers stimmen den Ausführungen von Clappier und Schöllhorn voll zu.

Stammati verweist auf die praktischen Schwierigkeiten und schlägt deswegen folgendes Verfahren vor:

1. Die Mitgliedsländer sollten alle Mehrjahreshaushalte aufstellen und diese mit der mittelfristigen Wirtschaftsprojektion auf Gemeinschaftsebene abstimmen.
2. Die Mitgliedsländer sollten instandgesetzt werden, daß den Parlamenten neben der Regierungsvorlage auch eine Gemeinschaftsstellungnahme für die Beratungen vorliege.

Nach einer weiteren Diskussion einigt man sich darauf, für die erste Phase zum Thema Haushaltspolitik folgenden Vorschlag zu machen: Schon im Mai/Juni solle eine erste

- 7 -

Ratsdiskussion über die Budgetvorbereitung stattfinden, damit die Mitgliedsländer die Vorstellungen der Gemeinschaft schon im frühen Stadium kennen lernen.

- Bei der offiziellen Regierungsvorlage für das Budget könne dem Parlament auch eine Gemeinschaftsstellungnahme zugeleitet werden (evtl. Diskussion auf der Gemeinschaftsebene im Herbst).
- Im Laufe des Vollzuges des Haushaltes solle auf Minister-
ratsebene über die Grundlinien diskutiert werden. Hier sei eine Abstimmung unerlässlich.
- Außerdem solle die mittelfristige Finanzplanung in allen Ländern intensiviert werden.

Auf Anregung von Staatssekretär Brouwers einigt sich die Gruppe, daß in der ersten Phase die Beratungen sich vor allem auf die Entwicklung der Kreditfinanzierung des gesamten öffentlichen Haushaltes konzentrieren sollte. Darüber hinaus werden jedoch auch schon in der ersten Phase gewisse Leitlinien für die Entwicklung des Haushaltsvolumens und die ökonomische Struktur der Ausgaben für notwendig erachtet.

Mosca und der Präsident verweisen außerdem auf die Bedeutung einer Synchronisation der Haushaltsverfahren. Die Gruppe hält jedoch in diesem Bereich kurzfristige Fortschritte für kaum wahrscheinlich.

Zur internen Geld- und Kreditpolitik verweist Dr. Schöllhorn insbesondere auf den engen Zusammenhang zwischen der Geld- und der Finanzpolitik. Dies erfordere eine laufende Abstimmung zwischen beiden Bereichen auch auf Gemeinschaftsebene. Hierfür seien regelmäßige Diskussionen zwischen dem Ministerrat und den Zentralbankgouverneuren unerlässlich. Insbesondere müßten auch die Notenbanken bei den Aussprachen über die Haushalts-

- 8 -

Kopie aus dem Bundesarchiv

- 8 -

vorbereitung anwesend sein. Zur Kapitalmarktpolitik verweist er insbesondere auf die Vorschläge in dem Papier von Herrn Clappier.

Clappier weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Bedeutung des Systems der Warnsignale hin. Dieses System müsse ausgebaut werden.

Brouwers stimmt den Vorschlägen von Clappier zur Kapitalmarktpolitik zu. Er verweist erneut auf den engen Zusammenhang zwischen der Kapitalmarktpolitik und der Harmonisierung der Konjunkturpolitik.

Baron Ansiaux hält es für notwendig, daß auch die Geld- und Kreditpolitik sich an den mittelfristigen Leitlinien orientiert. Das mittelfristige Programm müsse - natürlich unter Berücksichtigung der aktuellen Konjunkturlage - die allgemeine Norm auch für die innere monetäre Politik abgeben. Deswegen sei eine regelmäßige Unterrichtung der Notenbanken über die mittelfristige Wirtschaftspolitik unerlässlich. Auf der Grundlage dieser mittelfristigen Zielprojektionen seien nach seiner Meinung im monetären Bereich Leitlinienabsprachen notwendig über die interne Geld- und Kreditpolitik einerseits und auch die externe Währungspolitik andererseits. Gerade die Notenbanken müßten sehr auf eine entsprechende Flankierung ihrer eigenen Politik achten. Mit Nachdruck unterstützte er die Notwendigkeit des Ausbaus des Systems der Warnsignale. Nach seiner Auffassung ~~sei~~ könne dieses System am besten realisiert werden durch die Einrichtung eines Stabilisierungsfonds. (Ansiaux legte zu diesem Thema eine schriftliche Ausarbeitung vor, die in dem Vorgespräch zusammen mit ~~den~~ Brouwers und Dr. Schöllhorn nicht erwähnt worden war.) Diesen Stabilisierungsfonds interpretierte er als ein praktisches Warnsystem, da der jeweilige Kontenstand, die wirtschaftliche Lage der einzelnen Länder sehr deutlich signalisiere. ~~Der Stabilisierungsfonds sei notwendig, wenn man eine Differenzierung~~

- 9 -

- 9 -

Nach seiner Meinung sei die Einrichtung eines solchen Fonds "im Laufe der ersten Phase" notwendig, allerdings nicht unbedingt am Anfang der ersten Phase. Wichtig sei jedoch, den Zusammenhang mit der Koordinierung der Wirtschaftspolitik zu sehen.

Während Staatssekretär Brouwers und Dr. Schöllhorn sich überrascht zeigten über diesen Vorschlag von Baron Ansiaux und betonten, daß sie vor einer endgültigen Stellungnahme den Plan noch im einzelnen prüfen müßten, wertete Stammati diesen Vorschlag als ein wichtiges Element der Disziplinierung.

Clappier betonte, daß der von Ansiaux vorgeschlagene Stabilisierungsfonds ein spektakulärer Vorgang sei, der eine wichtige politisch-psychologische Wirkung ausüben könne. Es komme darauf an, ein Instrument "des gemeinsamen Interesses" zu schaffen.

Dr. Schöllhorn unterstrich erneut, daß ihm die Harmonisierung der Kosten-Preis-Relationen als vorrangig erscheine. Er unterstrich als persönliche Meinung in diesem Zusammenhang, daß ~~ihm~~ ^{ihm} jede schrittweise Verkürzung der Bandbreiten ~~problematisch~~ ^{problematisch} ~~erscheine~~ ^{halte}. Er halte es für richtiger, mit solchen Schritten zunächst zu warten, um dann in einem Zuge zu einer Beseitigung der Bandbreiten innerhalb der Gemeinschaft überzugehen.

Ansiaux antwortete darauf, daß er eine Bandbreitenverengung gar nicht ^{unbedacht} wolle. Ihm komme es lediglich auf eine Trennung der Intervention von der Dollarnotierung an. Ihm sei klar, daß das Risiko der Wechselkursänderungen auf diese Weise nicht ausgeschaltet werden könne. Er halte es jedoch für notwendig, nicht erst unter dem Spekulationsdruck ~~jeweils~~ zu handeln.

Brouwers betonte, daß er den Eindruck habe, mit dem von Ansiaux vorgeschlagenen System werde der Spielraum für

- 10 -

- 10 -

ationale Politik zu früh eingeengt. Dennoch müsse er sich eine endgültige Prüfung noch vorbehalten.

Mosca begrüßt den Vorschlag von Ansiaux und betont, daß es sich dabei keineswegs um ein Instrument "der leichten Hand" handle. Auf diese Weise könne vielmehr das System der Warnsignale effektiv gemacht werden, da es sich im Falle des Aufleuchtens eines solchen Signals nicht um eine akademische Diskussion sondern um die Konsequenz eines echten Saldenausgleichs handele. Baron Ansiaux verwies darauf, daß nach seiner Meinung bei einer Einrichtung des Stabilisierungsfonds evtl. auf die Installierung des mittelfristigen Beistandsmechanismus verzichtet werden könne.

Der Präsident faßt die Diskussion zu den monetären Fragen folgendermaßen zusammen:

1. Die Vorschläge zur Harmonisierung der Geld- und Kreditpolitik sollten im wesentlichen dem Schöllhorn-Papier entnommen werden.
2. Der sehr interessante Vorschlag von Ansiaux müsse noch im einzelnen geprüft werden. Interessant sei insbesondere der Zusammenhang mit dem System der Warnsignale. In diesem Zusammenhang müsse dann auch noch die Frage des Verhältnisses eines solchen Stabilisierungsfonds zu dem mittelfristigen Beistandsmechanismus geklärt werden.
3. Für die Weiterentwicklung der Kapitalmarktpolitik solle auf die Vorschläge in dem Clappier-Papier zurückgegriffen werden.

Abschließend kam die Gruppe überein, die Mitarbeiter zu bitten, bis zur nächsten Sitzung einen Berichtsentwurf auszuarbeiten. Die Mitarbeiter einigten sich auf zwei Arbeitssitzungen am 6. und 8. Mai 1970 in Brüssel. Diese

- 11 -


Besprechungen sollen unter Vorsitz von Herrn MERTENS de WILMARS stattfinden.

II. Zusammenfassende Gesamtbeurteilung

Die grundlegenden Unterschiede konnten auch in der dritten Arbeitsgruppe nicht ausgeräumt werden. Der belgische Notenbankpräsident hat mit seinem Vorschlag für einen "Stabilisierungsfonds" schon im "Laufe der ersten Phase" erneut die Position der "Monetaristen" unterstützt. Auf der anderen Seite hat er jedoch mit großem Nachdruck die sofortige effektive Abstimmung in der Haushalts- und der Geld- und Kreditpolitik gefordert.

Nach den bisherigen Diskussionen ist trotz Annäherung in vielen Einzelpunkten kaum zu erwarten, daß die Gruppe in der zentralen Frage der zeitlichen Reihenfolge zu einem gemeinsamen Votum kommt. Gegenwärtig deutet vielmehr alles darauf hin, daß der Zwischenbericht in dieser zentralen Frage unterschiedliche Auffassungen wiedergibt. Diese unterschiedlichen Auffassungen können dann dem Ministerrat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Gruppe wird auf jeden Fall rechtzeitig vor der Wirtschafts- und Finanzminister-Konferenz am 30. und 31. Mai 1970 in Venedig den Zwischenbericht vorlegen, so daß er auch Anfang Juni im Rat behandelt werden kann.



(Dr. Tietze)

Kopie aus dem Bundesarchiv